

Ist es bald zu spät für die „Spätaussiedler“?

von Yaron Matras

„Ein Zustrom von Scheinasylanten er gießt sich über unser Land“. Mit diesen Worten rechtfertigte im Sommer 1986 Berlins damaliger Polizei- und Abschiebese-nator Lummer seinen Entwurf für ein verschärftes Asylgesetz. Knapp zwei Jah-re sind vergangen und eine neue „Asylan-tenflut“ strömt in die Bundesrepublik, diesmal aber ein Zustrom reinen deut-schen Blutes: 200.000 „deutschstämmige Spätaussiedler“ werden bis Ende dieses Jahres erwartet. Keine „Kulturüberfrem-dung“, sondern „Landsleute“, kein „Miß-brauch des Asylrechts“, sondern eine pure „Übersiedlung“ in die eigentliche Heimat. Wenn Deutschland nicht mehr bis zu den Ostgebieten geht, dann siedeln die Deutschen aus den Ostgebieten ein-fach nach Deutschland über.

Eine technische Debatte

Erst das ungewöhnliche Ausmaß des Exo-dus lenkte die Aufmerksamkeit der Me-dien auf eine äußerst merkwürdige Praxis, die bisher kaum jemand aufgefal-len war. Was im Amtsdeutsch als „Prä-mien zur Förderung der Rückkehrbereit-schaft“ von „Gastarbeitern“ bezeichnet wurde, schien nicht im Widerspruch zu stehen zu dem rituellen Neujahrsgruß-wort an die „Landsleute drüben“, mit dem herzlichen Wunsch versehen, diese könnten bald „zu uns übersiedeln“. Es ge-hörte einfach zu den Selbstverständlich-keiten des Alltags, zuzuschauen, wie der Staat an die Türken Geld zahlt, damit sie ausreisen, und gleichzeitig Millionenbe-träge an realsozialistische Regierungen überweist, damit die Deutschen von dort hier einreisen können.

Um die prinzipiellen Aspekte schien sich auch zu Anfang der aktuellen Debat-te niemand kümmern zu wollen. Wie Sachbearbeiter, die kein „warum?“, son-dern bestenfalls das „wie?“ kennen, machten sich die westdeutschen Journali-sten und Kleinpölitiker an die Ausfüh-rung des von oben Verordneten heran. Gelder und Wohnungen mußten her; „eine nationale Anstrengung“ forderte Genscher, „eine nationale Herausforde-rung“ ermutigte Kohl, „Taten sind ge-fragt“ stimmte die Frankfurter Rund-

setze in den EG-Ländern auch voran- kommt, bleibt die BRD bislang der ein-zige westeuropäische Staat, der in seinen Gesetzen verkündet: „Die Bundesrepu-blik ist kein Einwanderungsland; sie strebt nicht an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen gezielt durch Einbür-gerung zu vermehren“.

„Wir sind ein reiches Land“, sagt heute Kohl, und fordert das Volk auf, die Zu-gereisten aufzunehmen, es seien schließ-lich „arbeitswillige Leute, die bereit seien, eine Menge Kinder in die Welt zu setzen“. Das Argument klingt bekannt, aus einem anderen Zusammenhang: „Die Bundesrepublik ist eines der am dichte-sten besiedelten Länder der Welt“ und be-darf daher keiner weiteren Einwanderung, so begründet das Bundesinnenministeri-um die geplante Verschärfung des „Aus-länderrechts“.

„Türken raus und Deutsche rein“ lau-tet also die Politik des freiheitlichsten deutschen Staates. Besorgt einmal über die demographische Bilanz, die in eini-gen Jahrzehnten sich zuungunsten der eth-nischen Homogenität auszuwirken droht, das historische Erbe wiederum mit sich tragend, gestaltet die BRD ihre Einwan-derungspolitik nach dem Prinzip „teile und herrsche“. Die historische Zugehörig-keit zur Ethnie ist damit die Eintrittskarte zum Netz der politischen Privilegien. Aus der Tatsache, daß man im Land ge-boren oder aufgewachsen ist, ist jedoch — wenn man nicht der herrschenden Na-tion, sondern eben einer Minderheit an-gehört —, kein politisch-rechtlicher Anspruch abzuleiten.

So muß nach geltendem Recht die „frei-willige und dauernde Hinwendung zu Deutschland“ nachgewiesen sein, bevor ein Ausländer — auch ein im Land gebo-rener Einwanderer der zweiten Genera-tion — die Staatsangehörigkeit und damit erst das uneingeschränkte Bleiberecht er-halten kann. Die Einbürgerung kann aller-dings „nicht in Betracht kommen, wenn sie lediglich zur Erlangung wirtschaftli-cher Vorteile erstrebt wird, ohne daß die Hinwendung zu Deutschland erkennbar ist“. Eine „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ und das „Einleben in die deutsche Umwelt“ — alles Katego-

80iger Jahre, einem de facto multinatio-nalen Einwanderungsland, fordert kein bedeutsamer Teil der Öffentlichkeit eine Antwort auf die Frage, warum das Zu-zugsrecht und der Bürgerstatus von der ethnischen Abstammung nicht getrennt werden. Es galt und gilt als Konsens, daß die Bundesrepublik nicht der Staat seiner Bewohner — welcher Abstammung auch immer — ist, sondern der Staat der gesam-ten deutschen Ethnie, jenseits der eigent-lichen Heimat ihrer Angehörigen.

Ironischerweise droht dieser National-konsens erst jetzt zusammenzubrechen, wenn es um das Geld, um den Komfort oder um die Platzängste der Bundesbür-ger geht. Für manche sind die kommen-den Deutschen nicht deutsch genug, um eine Sonderbehandlung zu verdienen. Sie sprechen in der Regel kein Deutsch, sind an eine andere Lebensweise gewöhnt, kommen sogar aus den entferntesten asia-tischen Gebieten wie Kasachstan und Kir-gisien ... Das eingeprägte Argument der Herrschenden, man sei nur seinesglei-chen gegenüber verpflichtet, wendet sich jetzt also gegen sie.

„Wie verkraftet die kranke und zum Teil sterbende Natur in der Bundesrepublik diese ungeheure Belastung?“ klagen Le-serbriefschreiber. Es sind Töne, die man bis vor kurzem nur in Bezug auf „Asylan-ten aus fremden Kulturkreisen“ hörte, alarmierende Töne, die man von Amts we-gen seit Jahren ermutigte, um für die Po-litik der dichten Grenzen zu werben, ohne damit zu rechnen, daß sie im ungün-stigen Moment Peinlichkeiten und Abwei-chungen produzieren würden.

Das Tabu antasten

Schadenfreude ist besonders dann unan-gebracht, wenn es sich um das Schicksal ganzer Familien handelt. Nichtsdesto-trotz bildet die eröffnete Debatte um die Aufnahme hunderttausender Stammesge-nossen eine einmalige Herausforderung an diejenigen Teile innerhalb der „kriti-schen Öffentlichkeit“, für die sich die Per-spektive einer multinationalen Gesell-schaft in diesem Lande stellt. Denn gera-de durch den wachsenden Unmut, den Neid und den Ärger gegen die Spätaus-